



Richtlinien für barrierefreie Testbedingungen für den skalierten Test „Leben in Deutschland“ (LiD) und Vergütung von entstehenden behindertenspezifischen Mehrkosten bei den Abschlusstests (DTZ und LiD)

Stand: Februar 2023

Für den skalierten Test „Leben in Deutschland“ gelten gemäß § 1 IntTestV die Regelungen zu den Prüfungs- und Nachweismodalitäten der Integrationskurstestverordnung (IntTestV). Darüber hinaus dienen nachfolgende Regelungen der Schaffung von barrierefreien Testbedingungen beim Testverfahren „Leben in Deutschland“ (LiD).

1. Geltungsbereich

Die Regelungen finden Anwendung für die Testteilnehmenden des skalierten Tests „Leben in Deutschland“ (LiD), soweit für diese besondere (barrierefreie) Testbedingungen erforderlich sind.

2. Besondere Testbedingungen

- (1) Besondere Testbedingungen können insbesondere für Teilnehmende mit folgenden Behinderungen eingerichtet werden:
 - a. Sehbehinderung
 - b. Blindheit
 - c. Gehörlosigkeit
 - d. Schwerhörigkeit
 - e. Leseschwäche
 - f. Motorische Beeinträchtigungen
- (2) Besondere Testbedingungen können auch bei sonstigen Beeinträchtigungen geltend gemacht werden, soweit diese Beeinträchtigungen eine besondere Testsituation bzw. einen Nachteilsausgleich erfordern.
- (3) Nähere Ausführungen zu möglichen besonderen Prüfungsbedingungen können der Anlage dieser Richtlinie entnommen werden.

3. Durchführung eines barrierefreien Tests „Leben in Deutschland“

- (1) **Antragstellung**
 - a. Testteilnehmende, die eine barrierefreie Testsituation benötigen, wenden sich direkt an die Prüfungsstelle. Die Prüfungsstelle hält Rücksprache mit der zuständigen Stelle im Bundesamt.
 - b. Die Prüfungsstelle beschreibt und beantragt bei der zuständigen Stelle im Bundesamt die benötigten speziellen Testbedingungen und die Geltendmachung entstehender Mehraufwendungen.
 - c. Bei Beantragung der barrierefreien Testsituation beim LiD ist ein Nachweis über die genehmigten besonderen Prüfungsbedingungen von dem für den Deutsch-Test für Zuwanderer (DTZ) zuständigen Testinstitut vorzulegen.
 - d. Sofern am DTZ nicht teilgenommen wurde, ist ein ärztliches Attest oder ein gleichwertiger Nachweis, aus dem Art und Grad der Behinderung der Testteilnehmenden detailliert hervorgehen, beizufügen. Das ärztliche Attest darf nicht älter als zwei Jahre alt sein. Bei Erblindung und Taubheit genügt die Vorlage eines gültigen Schwerbehindertenausweises.
 - e. Die vollständigen Antragsunterlagen müssen zwei Monate vor dem jeweiligen Testtermin vorliegen. Als Nachweis des rechtzeitigen Eingangs zählt der Post- oder Faxeingang bei der zuständigen Stelle im Bundesamt.

(2) Genehmigung

- a. Nach Erhalt der Antragsunterlagen prüft die zuständige Stelle im Bundesamt in jedem Einzelfall eine individuelle Lösung.
- b. Die Genehmigung teilt die zuständige Stelle im Bundesamt der Prüfungsstelle schriftlich mit.
- c. Eine Änderung des Testtermins für die barrierefreie Testsituation bedarf der vorherigen Genehmigung durch die zuständige Stelle im Bundesamt. Eine nochmalige Vorlage der Anmeldung und Antragstellung behindertenspezifischer Testbedingungen ist nicht erforderlich.
- d. Individuelle Testbedingungen können nicht nachträglich genehmigt werden.

(3) Anmeldung

- a. Die Anmeldung der Teilnehmenden inklusive Teilnehmerliste sowie das Bewilligungsschreiben über die genehmigten behindertenspezifischen Testbedingungen und die Übernahme anfallender Mehrkosten müssen von der Prüfungsstelle mindestens drei Wochen vor dem Testtermin schriftlich per Brief, Fax oder E-Mail bei der Zentrale des Bundesamtes in Nürnberg eingereicht werden.
- b. Auf die Durchführungshinweise für den skalierten Test „Leben in Deutschland“ wird hingewiesen. Der skalierte Test „Leben in Deutschland“ darf nur in den Räumlichkeiten der vom Bundesamt zugelassenen Kursorte abgenommen werden.
- c. Die Prüfungsstellen erhalten mit den Testunterlagen Informationsblätter. Vor Prüfungsbeginn sind die Testteilnehmenden über den Testablauf zu informieren sowie über die Konsequenzen manipulativen Verhaltens aufzuklären und zu belehren.

(4) Durchführung und Protokoll

Neben den erforderlichen Daten zur Prüfung sind alle individuellen Testbedingungen von der Prüfungsstelle ausführlich im Protokoll darzulegen. Es ist darauf zu achten, dass alle Regelungen zu den Durchführungshinweisen zum LiD in der jeweils gültigen Fassung, die nicht von der besonderen Testsituation berührt sind, eingehalten werden.

4. Bewertung der Prüfungsergebnisse

Die Bewertung der Prüfungsergebnisse erfolgt entsprechend dem Standardtestverfahren. Teilnehmende mit Sehbehinderung erhalten als Nachteilsausgleich Testfragebögen aus dem Gesamtkatalog der zugelassenen Prüfungsfragen, die keine Bilder enthalten.

5. Abrechnung der Abschlusstests mit besonderen Testbedingungen

(1) Allgemeine Vergütungsgrundsätze

- a. Die Durchführung der Abschlusstests vergütet das Bundesamt nach den Vorgaben des § 16 Abs. 1 S. 1 Abrechnungsrichtlinien (AbrRL) pro Prüfling. Den darüberhinausgehenden Betrag erstattet das Bundesamt als behindertenspezifischen Mehraufwand.
- b. Aus der Prüfungszeitverlängerung resultierende Mehrkosten für Aufsichtspersonen übernimmt das Bundesamt als behindertenspezifischen Mehraufwand, d.h. bei einer 100% Zeitverlängerung nur das Honorar für die Aufsichtspersonen für die Zeit, die über die reguläre Prüfungszeit hinausgeht. Zusätzlich einzusetzende Personen (u.a. Assistentzkraft, Gebärdensprachdolmetschende o.ä.) sind ab der ersten Minute der Prüfungszeit zu vergüten, da diese bei einer regulären Prüfung nicht notwendig sind.

- c. Als Maßstab für die Vergütung der Prüfungszeitverlängerung der beiden vorgesehenen Aufsichtspersonen wird die allgemein geltende Honoraruntergrenze für Honorarlehrkräfte in Integrationskursen zu Grunde gelegt. Der Vergütungssatz wird auf eine Zeitstunde umgerechnet.
- d. Sind neben den regulären zwei Prüfern/Aufsichtspersonen zusätzlich Gebärdensprachdolmetschende (GSD) notwendig, erstattet das Bundesamt in Anlehnung an den Kostensatz des § 9 Abs. 5 Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes (JVEG) pro Zeitstunde ab der ersten Minute der Prüfungszeit.
- e. Wird zusätzlich zu den zwei Prüfern/Aufsichtspersonen eine Assistenzperson für die Absolvierung der Prüfung benötigt, gilt der Stundensatz einer Assistenzkraft nach Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) ab der ersten Minute der Prüfungszeit.
- f. Als behindertenspezifischen Verwaltungsmehraufwand vergütet das Bundesamt für die erhöhten Betreuungs- und Organisationsvorarbeiten barrierefreier Testbedingungen für den DTZ einen Aufschlag je Prüfling von 15 % auf den geltenden Prüfungstellenanteil der Prüfungspauschale und für den LiD einen Aufschlag je Prüfling von 25 % auf die geltende Prüfungspauschale.
- g. Im Einzelnen ergeben sich folgende Abrechnungsgrundsätze je nach Antragstellung und bewilligter besonderer Testsituation:
 - Vorbesprechung (30 Min.) mit Prüfern/Aufsichtspersonen (reguläre Lehrkräfte) oder Gebärdensprachdolmetschende (GSD) oder Assistenzkraft mit den aktuell geltenden Vergütungssätzen (c. bis e.) pro Stunde x Anzahl Aufsichtspersonen oder GSD oder Assistenzkraft (je nach Personengruppe hälftiger Stundensatz)
 - Einführung in die Prüfung (20 Min. für Belehrung der Prüfungsteilnehmenden vor Beginn der Prüfung) mit den aktuell geltenden Vergütungssätzen (d. bis e.) pro Stunde x Anzahl Assistenzkraft oder GSD (anteiliger Stundensatz)
 - Vergütung der Prüfungszeitverlängerung für 2 Prüfer/Aufsichtspersonen mit dem aktuell geltenden Honorarlehrkräftesatz in Integrationskursen pro Stunde
 - Vergütung GSD bei zusätzlichem Einsatz neben den 2 Prüfern/Aufsichtspersonen nach JVEG pro Zeitstunde
 - Übertragung der Ergebnisse durch eine Assistenzkraft und Nachbearbeitung mit dem aktuell geltenden Stundensatz nach TVöD (bis zu 60 Min.)
 - Behindertenspezifischer Verwaltungsmehraufwand pro behinderten Prüfling im DTZ und LiD
- h. Die Mehraufwendungen werden minütlich abgerechnet.
- i. Die Richtlinien für barrierefreie Prüfungsbedingungen des für den DTZ zuständigen Testinstituts bleiben weiterhin bestehen. Die Genehmigung besonderer Testsituationen für den DTZ obliegt dem zuständigen Testinstitut. Das Bundesamt übernimmt in diesem Zusammenhang lediglich auf Antrag in Schriftform entstehende behindertenspezifische Mehrkosten.
- j. Das Bewilligungsschreiben für die Kostenerstattung der DTZ- und LiD-Mehrkosten ist den Abrechnungsunterlagen beizufügen, die die Prüfungsstelle an das Bundesamt zur Abrechnung der Prüfung sendet. Es genügt eine Kopie des Schreibens den jeweiligen Unterlagen beizufügen.

6. Inkrafttreten

Diese Richtlinien treten zum 01.03.2023 in Kraft. Die Richtlinien in der Fassung vom 01.10.2022 treten zum 28.02.2023 außer Kraft. Sie gelten für alle Abschlusstests, die nach dem 28.02.2023 stattfinden.

Anlage:

Mögliche besondere Testbedingungen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Test LiD

a. Testteilnehmende mit Sehbehinderung

Hier bestehen u.a. folgende Möglichkeiten:

- Auf DIN A3 vergrößerte Testfragebögen
- Einsatz eines Lesegerätes
- Mündlicher Test mit dem Einsatz einer Assistenzkraft
- Einzeltest aufgrund der Assistenzkraft und Prüfungssituation
- Verlängerung der Testdauer um bis zu 100 Prozent

b. Blinde Testteilnehmende

Hier bestehen u.a. folgende Möglichkeiten:

- Erstellung des Testfragebogens ohne Bilder
- Einsatz einer Assistenzkraft als Orientierungshilfe
- Mündlicher Test mit dem Einsatz einer Assistenzkraft
- Assistenzkraft nimmt die Markierung auf Ansage der bzw. des Testteilnehmenden auf dem Testfragebogen vor
- Einzeltest aufgrund der Assistenzkraft und Prüfungssituation
- Verlängerung der Testdauer um bis zu 100 Prozent

c. Testteilnehmende mit Gehörlosigkeit/Schwerhörigkeit

Hier bestehen u.a. folgende Möglichkeiten:

- Einsatz von Gebärdendolmetschenden
- Einzeltest aufgrund der Assistenzkraft und Prüfungssituation
- Verlängerung der Testdauer um bis zu 100 Prozent

d. Testteilnehmende mit Leseschwäche

Hier bestehen u.a. folgende Möglichkeiten:

- Verlängerung der Testdauer um bis zu 100 Prozent
- Einzeltest aufgrund der Zeitverlängerung

e. Testteilnehmende mit motorischer Beeinträchtigung

Hier bestehen u.a. folgende Möglichkeiten:

- Mündlicher Test unter Einsatz einer Assistenzkraft
- Assistenzkraft nimmt die Markierung auf Ansage der bzw. des Testteilnehmenden auf dem Testfragebogen vor
- Einzeltest aufgrund der Assistenzkraft und Prüfungssituation
- Verlängerung der Testdauer um bis zu 100 Prozent